



Johannes Pflug

Mitglied des Deutschen Bundestages

Johannes Pflug, MdB Deutscher Bundestag UdL 50 10117 Berlin

Deutscher Bundestag

Unter den Linden 50
10117 Berlin

☎ (030) 227 73819

☎ (030) 227 78762

FAX (030) 227 76403

✉ johannes.pflug@bundestag.de

Wahlkreis

Krummacher Str. 33
47051 Duisburg

☎ (0203) 24 396

FAX (0203) 298 30 48

✉ johannes.pflug@wk.bundestag.de

Berlin, den 20. Juni 2007

Wo drückt der Schuh?

Sehr geehrte Frau

Sie sprechen Probleme an von denen insbesondere junge Mütter, die beispielweise ein Studium absolvieren oder sich selbständig machen möchten, betroffen sind. Allerdings sind die von Ihnen gestellten Fragen an unterschiedliche Adressaten gerichtet, da das Hochschulrecht Landesrecht ist und die Kindertagesbetreuung sowie die Bereitstellung von Spielplätzen auf der Landesebene und der kommunalen Ebene entschieden werden. Trotzdem würde ich gerne einige Anmerkungen zu diesem Thema machen.

Die SPD ist sich der Notwendigkeit einer Verbesserung bei der Unterstützung während der Schwangerschaft und vor allem in der Kinderbetreuungssituation bewusst. So haben wir z.B. dieses Jahr das Konzept „Gute Betreuung ab eins“ veröffentlicht. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), das bis zum Jahr 2010 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder im Alter unter 3 Jahren vorsieht, und dem 4-Mrd.-€-Ganztagschulprogramm hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung erstmals sichtbar neue Prioritäten in der Familienpolitik gesetzt und den schon bestehenden Rechtsanspruch für die 3-6-Jährigen auf einen



Johannes Pflug

Mitglied des Deutschen Bundestages

Betreuungsplatz um Maßnahmen zum Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für die jüngeren bzw. älteren Kinder ergänzt. Mit dem TAG wurde auch die Tagespflege aufgewertet und u. a. durch die Formulierung konkreter Anforderungen zu einer gleichrangigen Alternative zur Betreuung in Einrichtungen weiter entwickelt. Dies war auch im Hinblick auf eine effiziente Bereitstellung eines flexiblen und bedarfsgerechten Betreuungsangebots insbesondere in der Fläche unerlässlich. Der Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen, vor allem an Grundschulen wie in Rheinland-Pfalz, hat für Kinder und Eltern erhebliche Verbesserungen bei der Bildung und Betreuung von Schulkindern gebracht.

Die von unserer damaligen Bundesfamilienministerin Renate Schmidt gestarteten Initiativen der "Lokalen Bündnisse" und der "Allianz für Familie" zielen ergänzend auf eine familienfreundlichere Zeitpolitik im unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumfeld. Mit dem Elterngeld, das zum 1.1.2007 das bisherige Erziehungsgeld ersetzt, haben wir, gerade auch im Bereich der besseren Vereinbarkeit und der Gleichstellung durch eine partnerschaftlichere Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit liegen, einen großen Beitrag zu Unterstützung junger Familien geleistet. Ebenfalls eine Geldleistung neuer Art ist der 2005 eingeführte Kinderzuschlag. Er wird an Eltern gezahlt, die aus ihrem Erwerbseinkommen zwar ihren eigenen Bedarf, nicht aber den ihres Kindes bzw. ihrer Kinder decken können. Die Empfänger können so den Bezug von Arbeitslosengeld II vermeiden und erhalten einen Anreiz, ihre Erwerbstätigkeit aufrecht zu erhalten. So wird verhindert, dass die Geburt von Kindern für einkommensschwache Familien zum Einstieg in eine - oft dauerhafte - Armutskarriere wird. Der Kinderzuschlag ist eine effektive, zielgerichtete Leistung zur Stärkung erwerbstätiger Eltern und zur Bekämpfung verdeckter Armut.

Die Erhöhung des Kindergeldes, ein auf Chancengleichheit beruhendes Schulsystem und der Ausbau von Kindergärten und Kindertagesstätten sind weitere Eckpfeiler in unserer kinderfreundlichen Familienpolitik.

Damit Ihnen und die restlichen Fragen beantwortet werden, habe ich eine Kopie der Fragen und dieses Schreibens an meinen Landtagskollegen Rainer Bischoff und an die SPD-Ratsfraktion weitergeleitet mit der Bitte um weitere Beantwortung.



Johannes Pflug
Mitglied des Deutschen Bundestages

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Pflug